

Thomas Prinz
Bergwerk Auguste Victoria
Carl-Duisberg-Str.
45772 Marl

An den Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages

BT-Drucksache 17/4805

Stellungnahme zum Entwurf der Änderung des Steinkohlefinanzierungsgesetzes

Einleitung

Die Beschäftigten im Deutschen Steinkohlenbergbau und ihre Angehörigen waren im Sommer letzten Jahres geschockt, als völlig unerwartet die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Rates vorlegte. Er sah die letztmalige Verlängerung von Betriebsbeihilfen für die Steinkohleförderung in der Europäischen Union nur noch bis Oktober 2014 vor. Alle Beobachter rechneten dagegen nach dem Verlauf der vorher geführten Gespräche mit einer Verlängerung bis mindestens 2018, sogar das Jahr 2023 war im Gespräch.

Mitte Dezember 2010 gab die EU, nach zuvor massiven Protesten von Gewerkschaft und Belegschaft, begleitet durch breite Teile der Politik, endlich grünes Licht für die Fortführung der Steinkohlebeihilfen in Europa.

Durch den am 10. Dezember 2010 erzielten Kompromiss hat die Europäische Union nun den Weg freigemacht für eine weitere, national subventionierte Kohleförderung bis Ende 2018. Weitere, über das Jahr 2018 hinausgehende, staatliche Beihilfen zur Steinkohleförderung würden aber nach den Bestimmungen der Europäischen Kommission dazu führen, dass sämtliche, im abgestimmten Stilllegungsplan gezahlten Beihilfen zurückgezahlt werden müssten.

Ausstieg aus der Kernkraft

Nach der verheerenden Atomkatastrophe in Japan hat auch in anderen Ländern eine Debatte über den Energiemix der Zukunft begonnen. Das Drama in Fukushima hat deutlich gemacht, dass auch extrem für unwahrscheinlich gehaltene Ereignisse eintreten können. In diesem Zusammenhang ist es richtig, dass die Atompolitik in unserem Land neu bewertet wird. Dieser bevorstehende Prozess muss nun zielorientiert und ergebnisoffen unter Beteiligung aller Interessens- und Gesellschaftsgruppen umgesetzt werden. Hierbei muss gelten: „Qualität geht vor Eile“. Politische Schnellschüsse ohne nachhaltige Ausrichtung müssen verhindert werden. Gleichwohl muss deutlich sein, dass zeitnah ein Prozess eingeleitet werden muss, der es ermöglicht, erhebliche Investitionen in die Erforschung neuer innovativer Technologien zu tätigen. Parallel dazu muss noch stärker im Bereich der Energieeffizienz und in dem

Nutzbarmachen bisher ungenutzter Energiequellen geforscht und entwickelt werden. Darüber hinaus müssen erneuerbare Energien künftig eine wesentlich größere Rolle als bisher in der Energieversorgung spielen.

Bergbau als regionaler Wirtschaftsfaktor

Die wirtschafts – und sozialpolitischen Auswirkungen auf dieser, durch den jahrelangen Rückzug des Bergbaus eh schon stark gebeutelten Region des nördlichen Ruhrgebiets, wären von nachhaltig negativer Bedeutung. Einen endgültigen Ausstieg aus der heimischen Steinkohleförderung bedeutet für diese Region ein Trauma, von dem sie sich auch arbeitsmarkt- und strukturpolitisch nur sehr schwer erholen würde.

Um dies an einem Beispiel festzumachen:

Momentan sind im deutschen Steinkohlebergbau noch 20.772 Mitarbeiter beschäftigt (Stand 12/2010). Das Bergwerk Auguste Victoria in Marl (Kreis Recklinghausen) beschäftigt gegenwärtig 3750 Mitarbeiter (Stand 1/2011). Davon wohnen im Kreis Recklinghausen 2077 Mitarbeiter. Multipliziert mit dem Arbeitsmarktfaktor von 1,3 (Zulieferer etc.) bedeutet dies, dass im Kreis Recklinghausen rund 8600 Arbeitsplätze direkt und indirekt vom Bergbau abhängig sind. In einigen der 10 kreisangehörigen Städte sind jeweils zwischen 5-10 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch aktiv im Bergbau tätig. Darüber hinaus ist das Bergwerk Auguste Victoria mit seinen 228 Auszubildenden einer der größten Ausbilder in dieser Region. Dies alles bedeutet für den Kreis Recklinghausen eine Kaufkraft in Höhe von 53 Mio. Euro, welche dem Wirtschaftskreislauf zugeführt wird. Das RAGNetto-Bestellvolumen für regionale Unternehmen im Kreis Recklinghausen betrug im letzten Jahr 103 Mio. Euro.

Insbesondere durch den politisch gewollten sukzessiven Rückzug des Bergbaus in den letzten Jahren und dem damit einhergehenden Strukturwandel ist der Kreis Recklinghausen mit seinen 10 Kreisstädten gegenwärtig mit rund **2,4 Mrd.** Euro verschuldet! Ein weiteres Absinken der Bergbaubeschäftigten, wie jetzt vereinbart bis 2018 auf Null, wird diese dramatische Entwicklung nochmals negativ beschleunigen.

In anderen vom Rückzug des Bergbaus betroffenen Regionen sieht es nicht viel anders aus.

Technologieführerschaft erhalten

Die Technologiesparte der Kohlewirtschaft in Gänze betrachtet, beschäftigt mehr als 15.000 Menschen in NRW. Nur durch einen politisch gewollten Sockel- oder Referenzbergbau könnte der hochmoderne Maschinen- und Anlagenbau mit seinen qualifizierten Arbeitsplätzen langfristig in Deutschland erhalten bleiben.

Um dies auch hier an einem Beispiel festzumachen:

Die Firma Eickhoff ist ein mittelständischer Maschinenbauer mit etwa 1.300 Mitarbeitern mit Sitz in Bochum. Der Umsatz des Unternehmens teilt sich je zur Hälfte in den Bau von Antriebstechnik und Bergbaumaschinen. In Deutschland schrumpft der deutsche Steinkohlenbergbau und damit auch die Anzahl der Bergwerke von Jahr zu Jahr. In fünf Zechen wird gegenwärtig noch Kohle gefördert. Bis zum Jahr 2018 soll auch das letzte Bergwerk dichtgemacht sein. Eickhoff zieht es deswegen, wie den gesamten deutschen Bergbaumaschinenbau, notgedrungen ins Ausland. Das Unternehmen ist in den wichtigen Bergbauregionen USA, China, Australien und Südafrika präsent. Die gesamte Branche der deutschen Bergbaumaschinenhersteller generiert 88

Prozent ihres Umsatzes von knapp 4 Mrd. Euro im Export. Während in Deutschland der Kohleabbau schrumpft, boomt das Geschäft im Ausland. Neben China zählen Russland, Australien, die USA, Südafrika und mit einigem Abstand auch Polen zu den größten Kunden für deutsche Bergbautechnik. Bergbaumaschinen „Made in Germany“ sind ein Exportschlager und stehen weltweit hoch im Kurs. Dieser ganze Wirtschaftszweig würde bei dem prognostizierten Ausstieg der Steinkohleförderung in 2018 komplett verschwinden.

Auf der ganzen Welt sind sich die Experten einig darüber, dass sich der weltweite Verbrauch an Steinkohle in den nächsten 20 Jahren mehr als verdoppeln wird und das unter dem Aspekt der gleichbleibenden weiteren Anstrengungen zur Steigerung des Anteils erneuerbaren Energien.

Referenzbergbau statt Bergbaumuseum

Bedenklich in der bisherigen Debatte ist die Tatsache, dass das Potenzial der deutschen Steinkohlenreserven im Hinblick auf eine subventionsfreie Nutzung noch nicht verdeutlicht wurde. Wünschenswert wäre eine Erfassung von Reserven, welche aufgrund realistischer Annahmen zukünftiger Marktbedingungen wirtschaftlich abgebaut werden können. Das würde u.a. bedeuten, dass die Option für die subventionsfreie Gewinnung von Koks Kohle, welche für die deutsche und europäische Stahlindustrie interessant ist, auch in Zukunft nicht verworfen würde.

Dies alles funktioniert aber nur, wenn die Erprobung neuer Bergbautechnologie in der Praxis erfolgt. Das heißt, unter „normalen“ Bergbaubedingungen, wie wir sie gegenwärtig vorfinden. Ein Alibibergrbau, der mit einem zweiten Bergbaumuseum ähnlich dem in Bochum zu vergleichen wäre, wird für die technologische Fortbestandserprobung nicht ausreichend sein.

Aus Sicht der Beschäftigten macht es keinen Sinn, sich frühzeitig dieser Change zu berauben. Ein solcher endgültiger Ausstieg ist wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch unvernünftig. Deswegen heißt die Entscheidung an dieser Stelle nicht nur Kohle ja oder nein, sondern auch für oder gegen eine aktive Wirtschafts- oder Industriepolitik!

Die Frage, ob es einen politisch gewollten Sockelbergbau bzw. Referenzbergbau in unserem Land zukünftig gibt oder nicht, muss möglichst schnell positiv beantwortet werden. Nimmt eine solche Entscheidung doch bei ihrer Umsetzung einige Zeit für betriebsplanerische und personelle Steuerung in Anspruch.

Fazit

Klima- und umweltpolitisch wäre ein Ende des deutschen Bergbaus 2018 sinnlos, für die Arbeitssicherheit weltweit ebenso kontraproduktiv wie für den exportintensiven Maschinenbau. Mit der Beendigung der heimischen Steinkohleförderung wird in unserem Land nicht ein Kohlekraftwerk abgeschaltet sondern nur die heimische Kohle durch billige Importkohle ersetzt.

Möglichkeiten für einen nicht primär am Ziel der Steinkohleförderung orientierten Referenzbergbau wie auch für eine Fortsetzung der Steinkohleförderung für den Fall, dass diese aufgrund steigender Weltmarktpreise in den kommenden Jahren ohne Subventionen der öffentlichen Hand wirtschaftlich rentabel werden sollte, müssen europarechtlich aus Sicht der Beschäftigten mindestens insofern offen gehalten werden, dass sie nicht durch eine Verpflichtung zur Rückzahlbarkeit von Subventionen unmöglich gemacht werden.

